

Beat Kappeler:

## Unstete Politik, und welchen Weg nimmt die Schweizer Wirtschaft?

Kommentatoren melden immer, nach dieser oder jener Wahl sei die Lage klar, eine Wende sei genommen **worden. Doch gleich vorweg: „les tendances lourdes“, „the underlying trends“ sind steter, stärker. Sehen wir vorweg die** vermeintlich veränderte politische Landschaft rund um die Schweiz an.

### 1. Der Aussenrahmen für die Schweiz

USA: Präsident Trump hat sich persönlich als ziemlich unfähig, sprunghaft, konzeptlos und vor allem als schlechter Team-Player mit seiner an sich sensationellen republikanischen Parlamentsmehrheit erwiesen. Nichts geht, weder die Gesundheitsreform, noch die Infrastrukturpläne, noch die Schuldensanierung der USA. Dies sind die wirklichen, tieferen Probleme der USA, sowie ein trotz zahlreicherer Stellen ärmlicher Arbeitsmarkt (tiefe Erwerbsbeteiligung, gesunkene Löhne).

Die Wahlen in NL und Frankreich wurden gefeiert, weil die Protestparteien nicht an die Macht kamen. Doch in beiden Ländern nahm ihre Bedeutung zu, und die Sozialisten, sonst Sammelbecken der Hoffnungslosen, sind vernichtet. Holland hat drei Monate später noch keine Regierung, und Frankreich steckt tiefer in Defiziten und Schulden denn je.

Der Euro hat eine ruhige Zeit hinter sich, aber nur, weil die EZB sich als Anker hinter ihm andiente, mit einer noch nie gesehenen Geldvermehrung, mit Null- und Negativzinsen, welche die Sparanreize im Norden bestrafen und die Politiker im Süden und in Frankreich von Reformen dispensierten. Die Staatsschulden nehmen überall weiter zu.

Aber die Notenbanken des ganzen Westens stehen wohl an einem Wendepunkt. Die stützten die überschuldeten Staatsfinanzen mit dem Aufkauf deren Papiere und Nullzinsen. Doch langsam steigt die Inflation gegen die gewünschten 2%, die Wirksamkeit der Geldpolitik ist nirgends zu sehen, und die privaten und staatlichen Schulden überall im Westen sind höher denn je. Wenn die Notenbanken jetzt mit der Zeit umkehren, steigen die Zinsen, werden viele Schuldner den Offenbarungseid leisten müssen.

Die EU selbst, als grösserer Rahmen als nur der Euroraum, ist erschüttert einerseits durch den Austritt der zweitgrössten Volkswirtschaft, GB, mit allen 20 Stützpunkten in der Welt, dem zweiten Sitz im UNO-Sicherheitsrat. Erschüttert aber haben die EU auch die einsamen Entscheide der Kanzlerin

der Vormacht Deutschland (Hegemon), in der Energiepolitik, im Bruch des Hilfsverbots an Länder des Euro (Lissabonner Vertrag Art. 125), in der Nicht-Sanktionierung der Defizitländer und vor allem mit der Flüchtlings- und Zuwanderungspolitik. Schengen/Dublin sind in ganz Osteuropa, Skandinavien, Oesterreich, Frankreich nicht mehr die Regel.

Vieles ist nun offen – die einen sehen eine lockerere **EU mit „géométrie variable“**-Lösungen, die anderen denken, Kerneuropa rücke nun definitiv zum Staatsgebilde zusammen.

## 2. Die Schweizer Volkswirtschaft – Trümpfe und Herausforderungen

Für die Schweiz bringen die bisherigen und wohl die unausweichlichen künftigen Verwerfungen des Euro (einer Währung ohne Staat und Mitgliedstaaten ohne Währung) immer wieder einen hohen Frankenkurs. Der Aufwertungsschock nach dem Januar 2015 wurde glänzend überwunden durch Tausende von Belegschaften, die länger und flexibler arbeiteten, und durch eine Senkung der Exportpreise durch die Firmen um 4% - **„Arbeit und Kapital“ haben uns gerettet.**

Der **Austritt GB's** wird zuerst Unsicherheit bringen, jedoch vermutlich Spielraum für unsere Abmachungen mit der EU entlang der dort erreichten Zugeständnisse beidseits. Ausserdem scheint GB einen Freihandelsraum mit USA, Canada, Australien, Indien anzustreben, dessen Teilhabe für die Schweiz einen grösseren Raum öffnen wird als die Rest-EU es ist. Ausserdem hat sich innert 15 Jahren der Exportanteil in die USA jenem Deutschlands angenähert – wir sind sehr atlantisch geworden.

Die Schweizer Volkswirtschaft kann letztlich nur gefährdet werden, wenn wir selbst grössere Fehler als die anderen Länder machen. Dies sollte auf folgenden Gebieten vermieden werden:

Trümpfe behalten: die duale Berufslehre, der direkte Zugang zu Behörden und deren no-nonsense-Verwaltung dank des Föderalismus, die Steuer-Vorabentscheide, der Steuerwettbewerb sind zentral. Ebenso ein offenes Arbeitsrecht, mit Kündigungsmöglichkeit, differenzierten Löhnen nach Betrieben und Personen, und nur Rahmenverträgen der Sozialpartner. Die bilateralen Verträge mit der EU sind auf dem heutigen Stande zu bewahren, nicht jedoch in das Protektorat eines Rahmenabkommens mit EuGH, automatischer Rechtsübernahme einzugehen.

Die Unternehmenssteuern müssen nach dem Volks-Nein dennoch stark gesenkt werden, aber für alle, in- und ausländische Firmen gleichermassen gelten. Die heutigen Holdingprivilegien etc. sind international angefochten. Tiefe allgemeine Steuern hingegen bringen einen neuen Standortvorteil.

Alterssicherung tragbar halten: **Die zur Abstimmung gelangende „Reform“** ist teurer als der Zustand, sie diskriminiert die Alten in der AHV, die Jungen in der Zweiten Säule und häuft enorme Schulden in kommenden Jahren auf. Die wirkliche Reform wäre Freiheit für die Gestaltung aller Sätze in der Zweiten Säule für die Paritätischen Kommissionen, bezüglich Umwandlungs-, Verzinsungs-, Beitrags- und Anlagesätzen.

In der AHV gilt es, wie Swe, PI, I eine Formel für die laufenden und neuen Renten einzuführen, welche das bisherige Inlandprodukt und die Alterung ausdrückt – und damit eine automatische, den demagogischen Politikern entwundene Nachhaltigkeit bringt.

In der Energiepolitik hat das Volk eine schwerfällige Intervention des Staates gutgeheissen, wobei die Ausführung in 70 Verweisen auf kommende Verwaltungs- und Verordnungsentscheide bestehen wird. Die Politiker und Bürokraten machen sich anheischig, die Techniken zu bestimmen. Ohne Zweifel wird dies alles die Standortbedingungen verteuern. Dementsprechend sind laufende Streitigkeiten, Referenden, Initiativen zu erwarten, also dauernde Unsicherheit in diesen an sich langfristigen Anlagen-Entscheiden. Sollte sich herausstellen, dass die Klima-Erwärmung aufhört oder eindeutig nicht menschengemacht ist, wäre der Krach komplett.

Die Landwirtschaftspolitik konserviert Kleinbetriebe, verhindert Strukturreformen, sichert die dezentrale Besiedlung und die Artenvielfalt nicht, die autarke Kalorienversorgung noch weniger (Dünger-, Futtermittel-, Treibstoffimporte!). Wenn die Schweiz Freihandel für die anderen 99% der Wertschöpfung mit Amerika will, muss dies alles sofort rückgebaut werden.

Die Digitalisierung ist eine nun vierzigjährige Produktionstechnik, und das Erschrecken sollte weniger gross sein. Natürlich sind einige disruptive **Wirkungen dabei, viele neue Selbständige durch App's, wenn man nicht mit** Gesetzen des alten Sozialstaats der Industriegesellschaft sie verhindert, und letztlich kommt die Chance, ausgelagerte Produktionen zurück zu holen, weil es nun nicht auf billige Löhne, sondern auf infrastrukturelle Leistungen ankommt (Bahn, Post, Rechtssicherheit, Logistik, Steuern etc.). Ebenfalls **bleibt die Tatsache, dass Oekonomie „in der Fläche“ stattfindet**, dass also die komplexen Infrastrukturen gebaut und gewartet werden, Pflege und personalisierte Dienste nicht aufhören werden.

Neueste Publikationen BK:

**„Leidenschaftlich nüchtern. Für eine freie und vitale Gesellschaft“**, NZZ-Verlag  
Herbst 2014 , (144 liberale Stichworte)

„Staatsgeheimnisse. **Was wir wirklich über unseren Staat wissen sollten**“, NZZ-  
Verlag, April 2016